

KOMMENTAR ZU GEWERBESTEUEROASEN

Tandler muss büßen, andere nicht

Von Klaus Ott

Die Plädoyers sind gesprochen, am Freitag kommt das Urteil. Mehr als vier Jahre Haft sollen es werden, weil die Münchner Werbeunternehmerin einen großen Teil ihrer Millionen-erlöse aus Maskendeals nicht korrekt versteuert habe. Einer der Kernvorwürfe lautet: Steuerhinterziehung mit einem Firmensitz in der Gewerbesteueroase Grünwald. Das ist alles gut dokumentiert und führt zu höchst unangenehmen Fragen an den Fiskus und die Justiz: Warum ist in Sachen Gewerbesteuer eigentlich nur Andrea Tandler angeklagt? Warum stehen nicht längst viele andere Geschäftsleute wegen mutmaßlichen Pseudo-Firmensitzen in Gewerbesteueroasen wie Grünwald vor Gericht?

Was hier geschieht, hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. In Grünwald, Pullach und anderen Steueroasen haben sich Hunderte, wenn nicht gar Tausende Firmen in sogenannten virtuellen Büros niedergelassen, um in den Genuss niedriger Gewerbesteuern zu kommen. Reale Unternehmenssitze sehen anders aus; zumindest liegt dieser Verdacht nahe. Würden Finanzämter, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaften bei anderen Firmen dieselben Maßstäbe anlegen wie bei der Werbeunternehmerin, dann müsste es zahlreiche Ermittlungsverfahren, Anklagen und Prozesse geben. Und nicht nur das eine Verfahren gegen Andrea Tandler, die seit fast einem Jahr in U-Haft sitzt. Es ist längst an der Zeit, auch andere fragwürdige Firmensitze zu durchleuchten. Doch dafür fehlt dem Fiskus manchmal der Wille und oftmals auch das Personal. Hinzu kommt eine Gesetzeslage, die den Steueroasen und deren Klienten dient. Bayerns Regierung und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) tun nichts, um das zu ändern. Zur Freude jener Firmen, die sich in Gewerbesteueroasen höhere Abgaben ersparen. Zulasten großer Städte wie München, denen viel Geld entgeht. Geld, das für Kindergärten, Schulen oder den öffentlichen Nahverkehr mit Bahn, Bus und Tram dringend nötig wäre.

Andrea Tandler, Tochter des einstigen CSU-Generalsekretärs und Ex-Fi-



Der angebliche Büroraum im Steuerstadl im Ebersberger Forst war 15,53 Quadratmeter groß.

Ein blinder Fleck

Andrea Tandler wird wohl an diesem Freitag wegen ihrer Steuerhinterziehung in Gewerbesteueroasen rund um München verurteilt.

Von Klaus Ott

Diese 412 Seiten über Deutschlands seltsamste Steueroase lesen sich wie eine akribisch zusammengetragene Anklage. Da ist von erheblicher krimineller Energie die Rede. Beschrieben wird ein System, mit dem jahrelang systematisch Steuern in Millionenhöhe hinterzo-

Die Münchner Werbeunternehmerin Andrea Tandler hingegen, die zu Beginn der Corona-Pandemie mit Maskendeals vielmals Millionärin geworden ist, sitzt längst auf der Anklagebank. Nicht nur, aber eben auch wegen des Vorwurfs der Gewerbesteuerhinterziehung. In diesem Fall war die Staatsanwaltschaft München I ziemlich fix, und die Justiz ist es auch.

mit 26 Quadratmetern. Tandler hat sich in der Steuerstadt Ebersberger Forst einen Büroraum eingerichtet, der nur 15,53 Quadratmeter groß war. Bei der Verurteilung wird sie zu vier Jahren Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft München I hat die Anklage erhoben.

lautet: Steuerminderer. Ein Firmensitz in der Gewerbesteueroase Grünwald. Das ist alles gut dokumentiert und führt zu höchst unangenehmen Fragen an den Fiskus und die Justiz: Warum ist in Sachen Gewerbesteuer eigentlich nur Andrea Tandler angeklagt? Warum stehen nicht längst viele andere Geschäftsleute wegen mutmaßlichen Pseudo-Firmensitzen in Gewerbesteueroasen wie Grünwald vor Gericht?

Was hier geschieht, hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. In Grünwald, Pullach und anderen Steueroasen haben sich Hunderte, wenn nicht gar Tausende Firmen in sogenannten virtuellen Büros niedergelassen, um in den Genuss niedriger Gewerbesteuern zu kommen. Reale Unternehmenssitze sehen anders aus; zumindest liegt dieser Verdacht nahe. Würden Finanzämter, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaften bei anderen Firmen dieselben Maßstäbe anlegen wie bei der Werbeunternehmerin, dann müsste es zahlreiche Ermittlungsverfahren, Anklagen und Prozesse geben. Und nicht nur das eine Verfahren gegen Andrea Tandler, die seit fast einem Jahr in U-Haft sitzt. Es ist längst an der Zeit, auch andere fragwürdige Firmensitze zu durchleuchten. Doch dafür fehlt dem Fiskus manchmal der Wille und oftmals auch das Personal. Hinzu kommt eine Gesetzeslage, die den Steueroasen und deren Klienten dient. Bayerns Regierung und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) tun nichts, um das zu ändern. Zur Freude jener Firmen, die sich in Gewerbesteueroasen höhere Abgaben ersparen. Zulasten großer Städte wie München, denen viel Geld entgeht. Geld, das für Kindergärten, Schulen oder den öffentlichen Nahverkehr mit Bahn, Bus und Tram dringend nötig wäre.

Andrea Tandler, Tochter des einstigen CSU-Generalsekretärs und Ex-Finanzministers Gerold Tandler, hat CSU-Kanäle für die von ihr vermittelten Maskendeals genutzt. 48 Millionen Euro hat das Tandler und einem Partner von ihr gebracht. Die Steuerhinterziehungsvorwürfe wiegen insgesamt schwer. Aber bei der Gewerbesteuer muss die Tandler-Tochter für etwas büßen, über das bei anderen hinweggesehen wird.



Der angebliche Büroraum im Steuerstadl im Ebersberger Forst war 15,53 Quadratmeter groß

Ein blinder Fleck

Andrea Tandler wird wohl an diesem Freitag wegen ihrer Steuerhinterziehung in Gewerbesteueroasen rund um München verurteilt

Von Klaus Ott

Diese 412 Seiten über Deutschlands seltsamste Steueroase lesen sich wie eine akribisch zusammengetragene Anklage. Da ist von erheblicher krimineller Energie die Rede. Beschrieben wird ein System, mit dem jahrelang systematisch Steuern in Millionenhöhe hinterzogen worden seien. Und wie dies alles vertuscht worden sei. In vielen Details wird geschildert, unter welch absurden Umständen Firmen aus dem Konzern der Hypo-Vereinsbank (HVB) angeblich mitten im Wald ein Büro betrieben haben.

Ein Büro im Ebersberger Forst, ohne Toilette und Internet. Zu Lasten der Stadt München, wo die Firmen eigentlich ansässig gewesen seien, aber viel höhere Gewerbesteuern hätten zahlen müssen. Aber mit Unterstützung des Freistaats Bayern, der das Zimmer in einem Holzstadl günstig vermietet hatte. Alles kaum zu glauben.

Doch eine Anklage gibt es bis heute nicht. Die 412 Seiten sind der Abschlussbericht der Steuerfahndung Rosenheim über den Stadl mit der heimelig klingenden Adresse St. Hubertus 2. Der Bericht, der an die Staatsanwaltschaft München II ging, datiert vom 20. Juli 2022. Knapp eineinhalb Jahre später hat es die Staatsanwaltschaft trotz der schier erdrückenden Beweise für mutmaßliche illegale Steuertricksereien immer noch nicht geschafft, Anklage zu erheben.

Die Geschäftsleute aus dem HVB-Konzern, die ihrem Arbeitgeber mit dem Büro im Wald lange Zeit etliche Millionen Euro an Abgaben erspart hatten, werden bislang geschont. Und nicht nur das. Der Freistaat Bayern und der Landkreis Ebersberg, der von seiner Steueroase profitierte, haben dieses trübe Treiben gefördert. Und der Fiskus hat das lange hingenommen, statt durchzugreifen.

Die Münchner Werbeunternehmerin Andrea Tandler hingegen, die zu Beginn der Corona-Pandemie mit Maskendeals vielmals Millionärin geworden ist, sitzt längst auf der Anklagebank. Nicht nur, aber eben auch wegen des Vorwurfs der Gewerbesteuerhinterziehung. In diesem Fall war die Staatsanwaltschaft München I ziemlich fix, und die Justiz ist es auch.

An diesem Freitag will das Landgericht München I sein Urteil verkünden; eine mehrjährige Haftstrafe. Beim Steuerspar-schuppen mit der Adresse St. Hubertus 2, Seegrasstadl genannt, sind eine Anklage und ein Urteil in weiter Ferne, soweit es überhaupt dazu käme. Bei anderen fragwürdigen Firmensitzen in Gewerbesteueroasen rund um München wird kaum oder gar nicht ermittelt.

Auf die Idee wären nicht einmal Kabarettisten gekommen

Andrea Tandler hat zusammen mit einem Partner im Frühjahr 2020, als die Maskendeals in Gang kamen, ein Miniaturbüro in Grünwald gemietet. In dem Münchner Vorort gibt es fast 8000 Firmen, bei gut 11000 Einwohnern. Zieht man Säuglinge, Kinder und Leute in Rente ab, dann müssten theoretisch alle Erwachsenen in Grünwald eine Firma besitzen. Tun sie natürlich nicht. Viele, wenn nicht gar die meisten Firmen kommen von außerhalb, weil die Gewerbesteuer so niedrig ist. Durch solche Oasen gehen den Gemeinden und Städten, in denen die betreffenden Unternehmen eigentlich ansässig sind, nach einer Schätzung des Netzwerks Steuergerechtigkeit jährlich rund eine Milliarde Euro verloren.

Die Tandler-Firma Little Penguin (Zwergpinguin) war in einem 15 Quadratmeter großen Büro ansässig, zusammen

mit 26 weiteren Quadratmetern. Der Pinguin urteilen werden. Gegen massiven Schutz einer

Bei der vieles hinter-schaft München 26 Firmen bislang nur es um der-hung in H Was ist m Staatsanw seien „gru-stellations-weise die Grünwald schäft“ ar die das Ve ten. Das h deutet über mehr Erm hof in Mi Steuerger des entsch-triebsstät das eine „gemein-fläche von Erdoberfl Zunge zer

Auf die ren vermu-gekommen hat auch müsse ein-tigkeit mit ne gewiss mens mit plizierte S eroasen, s Ermitt und komp

MITTWOCH, 13. DEZEMBER 2023



Quadratmeter groß, immerhin bis zu sieben Firmen sollen dort ansässig gewesen sein.

FOTO: PETER HINZ-ROSIN

Der Fleck mitten im Wald

Freitag wegen ihrer Maskendeals verurteilt. Bei anderen fragwürdigen Firmensitzen in München wird aber kaum oder gar nicht ermittelt. Ein Blick ins Dickicht.

merin
Beginn
deals
t, sitzt
t nur,
er Ge-
m Fall
hen I
h.
gericht

mit 26 weiteren Firmen. Das macht 0,55 Quadratmeter pro Firma. Würde ein Zwergpinguin unter solchen Umständen gehalten werden, dann würden die Behörden wegen massiver Verstöße gegen den Tierschutz einschreiten.

Bei der Gewerbesteuer hingegen wird vieles hingenommen. Die Staatsanwaltschaft München hat sich auch die anderen 26 Firmen angeschaut. Ermittelt wird

berger Forst hat die Steuerfahndung jahrelang durchleuchtet und zeitweise sogar heimlich beobachtet, um herauszufinden, wie da mutmaßlich illegal agiert wurde. Die Beschuldigten waren für Fondsgesellschaften der HVB aus dem Unternehmensbereich Wealth Cap (Vermögenskapital) tätig, der das Geld vermögender Leute gewinnbringend in Flugzeuge investierte. Die Düsenjets wurden erst vermietet und

schneiderten Lösungen“ ausgeräumt worden. Der Fiskus wäre demnach einerseits getäuscht worden, andererseits aber auch blind gewesen. Das Landratsamt Ebersberg beruft sich bis heute darauf, dass rund zehn Betriebsprüfungen des Finanzamts zu keinen Zweifeln geführt hätten. „Es gab keine Einwände.“ Warum auch, wo doch der Freistaat über die staatliche Forstverwaltung ab Ende 2004 Vermieter des



Quadratmeter groß, immerhin bis zu sieben Firmen sollen dort ansässig gewesen sein.

FOTO: PETER HINZ-ROSIN

Der Fleck mitten im Wald

itag wegen ihrer Maskendeals verurteilt. Bei anderen fragwürdigen Firmensitzen München wird aber kaum oder gar nicht ermittelt. Ein Blick ins Dickicht.

nerin
eginn
deals
sitzt
nur,
er Gen
nen I
n.
ericht
eine
spar-
tus 2,
klage
eit es
frag-
uer-
oder

mit 26 weiteren Firmen. Das macht 0,55 Quadratmeter pro Firma. Würde ein Zwergpinguin unter solchen Umständen gehalten werden, dann würden die Behörden wegen massiver Verstöße gegen den Tierschutz einschreiten.

Bei der Gewerbesteuer hingegen wird vieles hingenommen. Die Staatsanwaltschaft München I hat sich auch die anderen 26 Firmen angeschaut. Ermittelt wird bislang nur in einem einzigen Fall, in dem es um den Verdacht der Steuerhinterziehung in Höhe von 1,5 Millionen Euro geht. Was ist mit den anderen 25 Firmen? Die Staatsanwaltschaft München I erklärt, es seien „grundsätzlich natürlich auch Konstellationen denkbar“, in denen beispielsweise die Geschäftsführer von Firmen in Grünwald wohnten oder kaum „Tagesgeschäfft“ anfalle. Etwa bei Gesellschaften, die das Vermögen ihrer Kunden verwalten. Das hört sich sehr rätselhaft an und bedeutet übersetzt: Die Rechtslage gibt nicht mehr Ermittlungen her. Der Bundesfinanzhof in München, Deutschlands höchstes Steuergericht, hat im Februar 2012 Folgendes entschieden: Wenn eine Firma eine Betriebsstätte nachweisen wolle, dann setze das eine „Geschäftseinrichtung oder Anlage mit einer festen Beziehung zur Erdoberfläche voraus“. Eine feste Beziehung, zur Erdoberfläche, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Auf die Idee, das so zu formulieren, wären vermutlich nicht einmal Kabarettisten gekommen. Nun gut, der Bundesfinanzhof hat auch festgelegt, für einen Firmensitz müsse eine „eigene unternehmerische Tätigkeit mit fester örtlicher Bindung“ und eine gewisse „Verwurzelung“ des Unternehmens mit diesem vorliegen. Doch das komplizierte Steuerrecht fördert Gewerbesteuer-erosen, statt solche zu verhindern.

Ermittlungen sind deshalb langwierig und kompliziert. Den Steuerstadl im Ebers-

berger Forst hat die Steuerfahndung jahrelang durchleuchtet und zeitweise sogar heimlich beobachtet, um herauszufinden, wie da mutmaßlich illegal agiert wurde. Die Beschuldigten waren für Fondsgesellschaften der HVB aus dem Unternehmensbereich Wealth Cap (Vermögenskapital) tätig, der das Geld vermögender Leute gewinnbringend in Flugzeuge investierte. Die Düsenjets wurden erst vermietet und später verkauft.

Der Abschlussbericht der Steuerfahndung ist ein Offenbarungseid für den Fiskus und den Freistaat. Die bei den Finanzbehörden zuständigen Firmenprüfer hatten dem Bericht zufolge keine Zweifel, dass mitten im Wald ein normales Büro unterhalten werde. Die HVB-Firmen hätten offenbar davon ausgehen können, dass der Fiskus kaum in der Lage sein werde, den Stadl wirksam zu kontrollieren. Den Finanzbehörden seien von Firmenseite „gefällige Angaben“ präsentiert worden. Bedenken und Zweifel seien mit „maßge-

schneiderten Lösungen“ ausgeräumt worden. Der Fiskus wäre demnach einerseits getäuscht worden, andererseits aber auch blind gewesen. Das Landratsamt Ebersberg beruft sich bis heute darauf, dass rund zehn Betriebsprüfungen des Finanzamts zu keinen Zweifeln geführt hätten. „Es gab keine Einwände.“ Warum auch, wo doch der Freistaat über die staatliche Forstverwaltung ab Ende 2004 Vermieter des Zimmers im Stadl war, für 250 Euro im Monat. Inklusive Nebenkosten bis zu einem Betrag von 600 Euro im Monat. Günstiger geht es kaum. So lief das mehr als ein Jahrzehnt, bis 2016. Eine Mieterhöhung ist im Bericht der Steuerfahndung nicht vermerkt. Später fungierte der Landkreis Ebersberg als Zwischenmieter.

Schließlich schritt die Steuerfahndung ein und ermittelte jahrelang. Und schrieb in den Abschlussbericht, es handele sich um vollendete, besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung zu Lasten der Stadt München. Natürlich gilt die Unschuldsvermutung, solange es kein gegenteiliges Urteil gibt. Ob es je zu einem Prozess kommt, ist ungewiss. Die HVB hält sich bedeckt und teilt auf Anfrage lediglich mit, man möge doch Verständnis dafür haben, dass man „laufende Verfahren nicht näher öffentlich“ kommentiere.

Auch beim Finanzgericht München, wo der Fall bereits anhängig ist, geht wenig voran. Der Landkreis Ebersberg musste 23,5 Millionen Gewerbesteuer an die Stadt München überweisen und klagt beim Finanzgericht dagegen. Einen Verhandlungstermin gibt es nach Angaben des Landkreises bislang nicht. Der angebliche Büroraum im Steuerstadl war übrigens 15,53 Quadratmeter groß, bis zu sieben Firmen sollen dort ansässig gewesen sein. Macht 2,2 Quadratmeter pro Firma. Also viel großzügiger als beim Zwergpinguin in Grünwald.

► Bayern, Kommentar



Andrea Tandler im Juli 2022 bei der Sitzung des Masken-Untersuchungsausschusses im Landtag. FOTO: PETER KNEFFEL/DPA

Heute mit
dem Blick
auf die Woche
SZ-Extra

Süddeutsche

München • Ebersberg

NR. 161, MONTAG, 15.

Anklage gegen Bank-Manager

War der karge Holzstadel im Wald ein Firmensitz?
Die Staatsanwaltschaft glaubt das nicht. Sie geht
von Steuerhinterziehung in Millionenhöhe aus.

Von Klaus Ott

Aus Deutschlands seltsamster Steuer-oase im Ebersberger Forst nach München-Stadelheim ins Gefängnis – diese ungewöhnliche Reise könnte gleich einem halben Dutzend Finanzstrategen aus dem Konzern der Hypo-Vereinsbank (HVB) bevorstehen. Die sechs Manager sollen mit einem vorgetäuschten Firmensitz mitten im Wald Gewerbesteuern in Höhe von insgesamt rund 16 Millionen Euro hinterzogen haben. So lautet der Vorwurf der Staatsanwaltschaft München II. Diese hat nach jahrelangen, umfangreichen Untersuchungen jetzt Anklage gegen die Finanzmanager erhoben.

Was die Behörden mit verdeckten Ermittlungen, Razzien und vielen Zeugenvernehmungen herausgefunden haben, liest sich wie eine Posse; allerdings mit ernstem Hintergrund. In einem Holzschuppen mitten im Ebersberger Forst waren Firmen aus dem Unternehmensbereich Wealth Cap (Vermögenskapital) der HVB offiziell ansässig gewesen. In einem kargen, gerade mal 15,53 Quadratmeter großen Raum, ohne Telefon, ohne Internet, ohne Waschbecken und auch ohne WC. So die Erkenntnisse der Steuerfahndung Rosenheim. Die modernste Einrichtung dürfte ein neuer, silbergrauer Briefkasten auf altem, schwarzem Holz gewesen sein.

**Ab einer Million Euro
soll es keine Gnade
mehr geben bei Gericht**

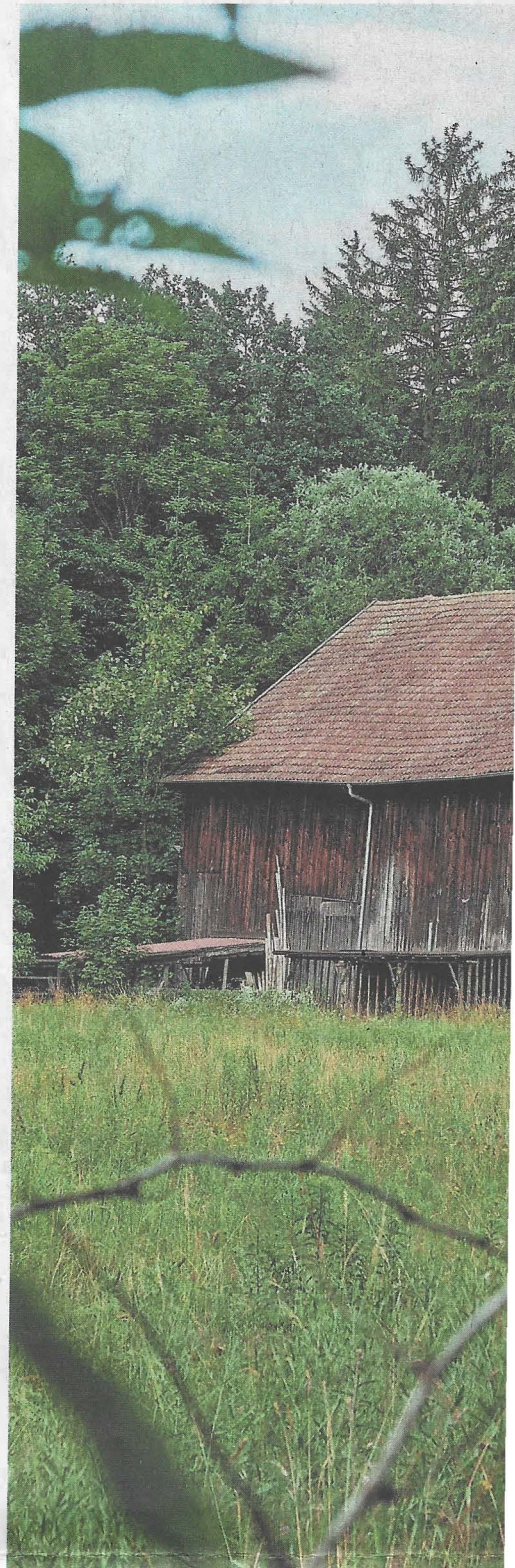
Auf dem längst abmontierten Briefkasten waren Bürozeiten angegeben: Mittwoch von neun bis zehn und Freitag von 14 bis 16 Uhr. Mehr als ein Jahrzehnt lang, von 2004 bis 2018, sollen sich Bankmanager in dieser Einöde abwechselnd und stun-

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft geht es um insgesamt neun Fälle von mutmaßlicher Steuerhinterziehung. Die HVB erklärte auf Anfrage der SZ am Sonntag: „Wir kooperieren in voller Transparenz mit allen involvierten Behörden.“

Für die sechs Angeschuldigten könnte das insofern böse enden, als der Bundesgerichtshof in einer Grundsatzentscheidung bereits 2012 festgeschrieben hat, dass ab einer Million Euro hinterzogenen Steuern ein Hafturteil die logische Folge wäre. Eine Bewährungsstrafe wäre dann nicht mehr angemessen; außer bei besonders gewichtigen Milderungsgründen. Jetzt aber ist erst einmal das Landgericht München II am Zug und muss entscheiden, ob es einen Prozessansatz. Angesichts der umfangreichen Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden und der Bedeutung des Falles ist davon auszugehen, dass die zuständige zehnte Strafkammer einen Prozess anberaumen wird, um in öffentlicher Verhandlung zu klären, was an den Vorwürfen dran ist. Abzuwarten bliebe, was dabei herauskäme. Im derzeitigen Stadium des Verfahrens gilt die Unschuldsvermutung.

Eines aber lässt sich jetzt schon sagen: In diesem Steuerkrimi ist vieles einmalig, zumindest in Deutschland. Angefangen beim Firmensitz in einem Holzschuppen mitten im Wald. Große Geschäfte mit großen Flugzeugen sollen dort abgewickelt worden sein; es geht um gut bezahlte Manager, die notfalls den Wald als WC benutzen mussten. Oder die Toilette im nächstgelegenen Biergarten aufsuchen oder gar zu einer Tankstelle an einem Kreisverkehr fahren mussten, um sich erleichtern zu können.

Erzählt bekommen hat das alles die Steuerfahndung Rosenheim bei der Vernehmung von Zeugen vor allem aus dem HVB-Konzern. Die Steuerfahndung hält die Version vom Pinkeln unter Bäumen



Anklage gegen Bank-Manager

War der karge Holzstadl im Wald ein Firmensitz?
Die Staatsanwaltschaft glaubt das nicht. Sie geht von Steuerhinterziehung in Millionenhöhe aus.

Von Klaus Ott

Aus Deutschlands seltsamster Steueroase im Ebersberger Forst nach München-Stadelheim ins Gefängnis – diese ungewöhnliche Reise könnte gleich einem halben Dutzend Finanzstrategen aus dem Konzern der Hypo-Vereinsbank (HVB) bevorstehen. Die sechs Manager sollen mit einem vorgetäuschten Firmensitz mitten im Wald Gewerbesteuern in Höhe von insgesamt rund 16 Millionen Euro hinterzogen haben. So lautet der Vorwurf der Staatsanwaltschaft München II. Diese hat nach jahrelangen, umfangreichen Untersuchungen jetzt Anklage gegen die Finanzmanager erhoben.

Was die Behörden mit verdeckten Ermittlungen, Razzien und vielen Zeugenvernehmungen herausgefunden haben, liest sich wie eine Posse; allerdings mit ernstem Hintergrund. In einem Holzschuppen mitten im Ebersberger Forst waren Firmen aus dem Unternehmensbereich Wealth Cap (Vermögenskapital) der HVB offiziell ansässig gewesen. In einem kargen, gerade mal 15,53 Quadratmeter großen Raum, ohne Telefon, ohne Internet, ohne Waschbecken und auch ohne WC. So die Erkenntnisse der Steuerfahndung Rosenheim. Die modernste Einrichtung dürfte ein neuer, silbergrauer Briefkasten auf altem, schwarzem Holz gewesen sein.

Ab einer Million Euro soll es keine Gnade mehr geben bei Gericht

Auf dem längst abmontierten Briefkasten waren Bürozeiten angegeben: Mittwoch von neun bis zehn und Freitag von 14 bis 16 Uhr. Mehr als ein Jahrzehnt lang, von 2004 bis 2018, sollen sich Bankmanager in dieser Einöde abwechselnd und stundenweise eher gelangweilt denn gearbeitet haben. Um mit dieser Fassade den Fiskus zu täuschen und so in den Genuss niedriger Gewerbesteuern zu kommen, wie die Steuerfahndung Rosenheim in einem 412-seitigen Untersuchungsbericht vom 20. Juli 2022 notierte. In dem Bericht ist von einem „Konstrukt nebst Briefkasten“ die Rede, um den Anschein einer steuerlichen Betriebsstätte zu erwecken.

Der Bericht der Steuerfahndung führt nun, zwei Jahre später, zur Anklage. Die Staatsanwaltschaft München II bestätigte auf Anfrage der SZ die Anklage, nannte aber wegen des Steuergeheimnisses keine Namen; auch keine Firmennamen. Dass dieses Verfahren die Steueroase im Ebersberger Forst und Geschäftsleute aus dem HVB-Konzern betrifft, ist indes bekannt.

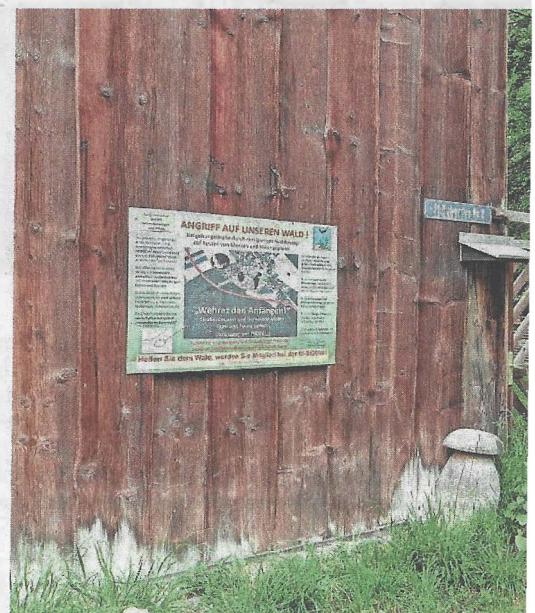
Nach Angaben der Staatsanwaltschaft geht es um insgesamt neun Fälle von mutmaßlicher Steuerhinterziehung. Die HVB erklärte auf Anfrage der SZ am Sonntag: „Wir kooperieren in voller Transparenz mit allen involvierten Behörden.“

Für die sechs Angeschuldigten könnte das insofern böse enden, als der Bundesgerichtshof in einer Grundsatzentscheidung bereits 2012 festgeschrieben hat, dass ab einer Million Euro hinterzogenen Steuern ein Hafturteil die logische Folge wäre. Eine Bewährungsstrafe wäre dann nicht mehr angemessen; außer bei besonders gewichtigen Milderungsgründen. Jetzt aber ist erst einmal das Landgericht München II am Zug und muss entscheiden, ob es einen Prozess ansetzt. Angesichts der umfangreichen Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden und der Bedeutung des Falles ist davon auszugehen, dass die zuständige zehnte Strafkammer einen Prozess anberaumen wird, um in öffentlicher Verhandlung zu klären, was an den Vorwürfen dran ist. Abzuwarten bliebe, was dabei herauskäme. Im derzeitigen Stadium des Verfahrens gilt die Unschuldsvermutung.

Eines aber lässt sich jetzt schon sagen: In diesem Steuerkrimi ist vieles einmalig, zumindest in Deutschland. Angefangen beim Firmensitz in einem Holzschuppen mitten im Wald. Große Geschäfte mit großen Flugzeugen sollen dort abgewickelt worden sein; es geht um gut bezahlte Manager, die notfalls den Wald als WC benutzen mussten. Oder die Toilette im nächstgelegenen Biergarten aufsuchen oder gar zu einer Tankstelle an einem Kreisverkehr fahren mussten, um sich erleichtern zu können.

Erzählt bekommen hat das alles die Steuerfahndung Rosenheim bei der Vernehmung von Zeugen vor allem aus dem HVB-Konzern. Die Steuerfahndung hält die Version vom Pinkeln unter Bäumen aber für wenig überzeugend; genauso wenig wie den ganzen Firmensitz in dem Holzschuppen mit der Anschrift St. Hubertus 2, genannt Seegrasstadl. Die dort registrierten Gesellschaften aus dem Unternehmensbereich Wealth Cap der HVB haben angeblich vom Ebersberger Forst aus das Geld gut betuchter Klienten möglichst gewinnbringend in Flugzeuge investiert.

Tatsächlich sollen die Geschäfte in München abgewickelt worden sein. Dort aber wären viel höhere Gewerbesteuern angefallen als beim Landkreis Ebersberg. Der Münchner Gewerbesteuersatz betrug mehr als das Doppelte. Nach Ansicht der Rosenheimer Steuerfahndung lag bei dem Treiben im Wald eine hohe kriminelle Energie vor. Für millionenschwere, gar internationale Finanzgeschäfte taugte der Stadl



sche Zeitung

Ebersberg • Bayern

SZ.de/Online
muenchen

31, MONTAG, 15. JULI 2024



*In diesem Holzstadl
im Ebersberger
Forst sollen
Bank-Manager
große Geschäfte
mit Flugzeugen
abgewickelt haben?
Die Staatsanwalt-
schaft hält das für
einen Trick, um
Steuern zu sparen.*

FOTOS: PETER HINZ-RODIN

nach den Erkenntnissen der Steuerfahndung nämlich so gut wie gar nicht.

Außer zwei Stromkabeln für einen PC und einen Monitor seien dort keine weiteren Verbindungen ersichtlich gewesen. Also auch keine Kabelverbindungen zum Internet mittels Modem und Router, notierte die Steuerfahndung. Besonders aufschlussreich fand die Rosenheimer Ermittlungsgruppe eine Mail aus dem HVB-Konzern vom 11. November 2008. Zum Beginn des Faschings, also des närrischen Treibens, waren die Aufgaben am Firmensitz im Forst damals exakt festgehalten worden: Briefkasten entleeren; Pakete und Einschreiben vom Postamt in Ebersberg abholen; Briefe aus den Münchner Büros in Ebersberg aufgeben; Spinnweben und Ungeziefer entfernen, und Ähnliches.

Es gab viel zu tun im Stadl: Briefkasten leeren, Spinnweben entfernen

Sollten wegen des Steuerstadls ausgebuffte Finanzstrategen eines Tages tatsächlich im Gefängnis landen, dann wäre auch das einmalig. Gewerbesteueroasen gibt es viele in Deutschland. Angefangen von Grünwald, Pullach und Gräfelfing bei München bis nach Nordrhein-Westfalen oder Brandenburg. Zehntausende Firmen sind dort offiziell ansässig; oftmals in Miniatur-Büros, während der eigentliche Betrieb ganz woanders läuft - in Städten mit viel höherer Gewerbesteuer.

Dass es deshalb zu großen Anklagen käme wie jetzt wegen des Steuerstadls, ist aber die Ausnahme. Zuvor hat das, zumindest in Bayern, offenbar nur für die Masken-Millionärin Andrea Tandler gegolten. Sie wurde zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, auch wegen Gewerbesteuerhin-



*In diesem Holzstadl
im Ebersberger
Forst sollen
Bank-Manager
große Geschäfte
mit Flugzeugen
abgewickelt haben?
Die Staatsanwalt-
schaft hält das für
einen Trick, um
Steuern zu sparen.*

FOTOS: PETER HINZ-ROSIN

nach den Erkenntnissen der Steuerfahndung nämlich so gut wie gar nicht.

Außer zwei Stromkabeln für einen PC und einen Monitor seien dort keine weiteren Verbindungen ersichtlich gewesen. Also auch keine Kabelverbindungen zum Internet mittels Modem und Router, notierte die Steuerfahndung. Besonders aufschlussreich fand die Rosenheimer Ermittlungsgruppe eine Mail aus dem HVB-Konzern vom 11. November 2008. Zum Beginn des Faschings, also des närrischen Treibens, waren die Aufgaben am Firmensitz im Forst damals exakt festgehalten worden: Briefkasten entleeren; Pakete und Einschreiben vom Postamt in Ebersberg abholen; Briefe aus den Münchner Büros in Ebersberg aufgeben; Spinnweben und Ungeziefer entfernen, und Ähnliches.

Es gab viel zu tun im Stadl: Briefkasten leeren, Spinnweben entfernen

Sollten wegen des Steuerstadls ausgebuffte Finanzstrategen eines Tages tatsächlich im Gefängnis landen, dann wäre auch das einmalig. Gewerbesteueroasen gibt es viele in Deutschland. Angefangen von Grünwald, Pullach und Gräfelfing bei München bis nach Nordrhein-Westfalen oder Brandenburg. Zehntausende Firmen sind dort offiziell ansässig; oftmals in Miniatur-Büros, während der eigentliche Betrieb ganz woanders läuft - in Städten mit viel höherer Gewerbesteuer.

Dass es deshalb zu großen Anklagen käme wie jetzt wegen des Steuerstadls, ist aber die Ausnahme. Zuvor hat das, zumindest in Bayern, offenbar nur für die Masken-Millionärin Andrea Tandler gegolten. Sie wurde zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, auch wegen Gewerbesteuerhinterziehung. Die Tochter des einstigen CSU-Generalsekretärs und Ex-Ministers Gerold Tandler hatte sich mit ihrer Firma ein Büro in Grünwald mit zahlreichen anderen Unternehmen geteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Im Ebersberger Forst hatten der Landkreis Ebersberg sowie der Freistaat Bayern als langjähriger Vermieter des Stadls geradezu eingeladen zum Steuersparen auf Kosten der Stadt München. Dort und anderswo fehlen dann die Steuermillionen; für Kindergärten, Schulen und vieles andere mehr. Die Stadt München hat vom Landkreis Ebersberg inzwischen nachträglich mehr als 20 Millionen Euro kassiert, wogegen der Landkreis klagt. Die jetzt vorliegende Anklage dürfte die Chancen des Landkreises im Rechtsstreit mit der Stadt München kaum erhöhen.

